Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: [illegible] / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: [illegible] / Postscheckkonto: Dresden Nr. [illegible] / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr, allgemeine Sprechstunde: Mittwochs von 17 bis 18 Uhr, für berufstätige und erwerbslose Frauen: Freitags von 16 bis 18 Uhr, politische Sprechstunde

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.39 RM., für Familienanzeigen 0.30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme: wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 19. Dezember 1929 — Nummer 294

5½ Millionen Mark Besitzsteuern in Dresden nicht bezahlt!

Zwangsanleihe der Stadt auf Kosten der Sparer / Neue Arbeiter- und Angestelltenentlassungen / Der sozialdemokratische Finanzdezernent als Exekutor der Bourgeoisie / Keinen Pfennig für die Beseitigung der Erwerbslosennot!

Heute 19 Uhr Erwerbslosenkundgebungen Bischofsplatz, Holbeinplatz, Freiberger Platz

Das Drosselungsprogramm des Sozialdemokraten Bührer

Keine Notstandsarbeiten mehr, kein Wohnungsbau!

Dresden, den 19. Dezember.

Der bekannte günstige Wind hat uns einen „vertraulichen Beschluß" der zweiten Ratsabteilung des Dresdner Stadtrats auf den Tisch geweht. Dieser Beschluß ist ein geradezu alarmierendes Zeichen des Finanzkurses der Stadt Dresden, da die in dem Beschluß zutage tretenden Pläne zeigen, daß in rigorosester Weise von einer Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Rechtsleuten der Rechten unter dem Fimanzdiktat des sozialdemokratischen Bürgermeisters Bührer in den nächsten Monaten der Kurs gegen die werktätige Bevölkerung ungeheuer verschärft werden wird. Der Beschluß kam auf Grund eines durch die kommunistische Fraktion gelochteten Berichtes über die Finanzlage der Stadt zustande. Aus diesem Bericht ging hervor, daß

nicht weniger als 5½ Millionen Besitzsteuern in Dresden rückständig

sind. Diese rückständigen Steuern der Bourgeoisie sollen nun nicht etwa von derselben mit Zwangsmitteln eingeholt werden, vielmehr sieht Bührer die einzige Rettung nur in der weiteren Drosselung der Ausgaben. Die Vorschläge, die vom Rat angenommen worden sind, gegen die durch die gesamte bürgerlich-sozialdemokratische Front keine Einwendungen gemacht worden sind, sehen folgendes vor:

1. Vom 1. 12. 1929 bis zum 31. 3. 1931 haben alle außerordentlichen Ausgaben zu unterbleiben, im gleichen Zeitraum sind alle Ausgaben des ordentlichen Haushalts, die nicht unbedingt notwendig sind, zurückzustellen.
2. Die Finanzierung langfristiger Aufgaben durch kurzfristige Kredite hat zu unterbleiben.

Die Konsequenz davon ist, daß

ein Jahr vier Monate lang alle Notstandsarbeiten zu unterlassen

sind. Die Erwerbslosigkeit in der Gesamtwirtschaft also, die in rapidem Tempo zunimmt, wird durch die Verwaltung der Stadt gefördert. Außerdem aber ist die Folge dieser Maßnahme der Abbau von Arbeitskräften an allen Stellen. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade im gegenwärtigen Moment Hunderte von Sonntagsschaffnern, ebenso die Saisonarbeiter beim Tiefbauamt und anderen Stellen restlos entlassen sind. Große Bauten, wie die der Berufsschule und anderer, bleiben angefangen stehen. Die Sparwut der nationalsozialdemokratischen Einheitsfront geht teilweise soweit, daß sie selbst Ausgaben von lumpigen 100 Mark zurückstellt bzw. ablehnt. Darüber hinaus ist, wie der Punkt 8 zeigt, auch der Abbau der unteren Beamten geplant, denn es heißt dort:

„Das Personalamt ist zu ersuchen, bei freiwerdenden Beamtenstellen zu prüfen, ob ihre Wiederbesetzung unbedingt notwendig ist."

Selbstverständlich wird dieses Personalamt niemals entscheiden, daß ein Mitglied der höheren Kommunalbürokratie überflüssig ist oder gar abgebaut werden könnte. Rücksichtslos muß hier die Fortsetzung des Abbaues vom 1924 betrieben werden.

Sparkassengelder werden verbraucht!

Durch Punkt 5 sieht das städtische Finanzamt im Rückgriff auf die Gelder der kleinen Sparer eine Möglichkeit, die Finanzen der Stadt zu verbessern; es heißt dort:

„Vom Einlagenzuwachs der städtischen Sparkasse sind in der Zeit vom 1. 12. 1929 bis 31. 3. 1930 50 Prozent dem Finanzamt über die sächsische Girozentrale zur Konsolidierung der schwebenden kurzfristigen Schuld der Stadt zur Verfügung zu stellen."

Es soll also der Raubzug, der durch das Mittel der Inflation gegen die Sparer geführt wurde, durch Anwendung neuer Methoden fortgesetzt werden.

Kein Wohnungsbauprogramm!

Der schwerste Schlag wird gegen den Wohnungsbau geführt. Es heißt im Punkt 6:

„Zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms 1929 wird die bisherige Form der Bevorschussung der Mietzinssteuer nach Möglichkeit aufrechterhalten. Ueber die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms 1930 erfolgt spätere Entschließung. Eigene kurz- oder langfristige Mittel stehen während der nächsten Bauperiode nicht zur Verfügung."

In dürren Worten heißt das soviel als: die Durchführung des letzigen Wohnungsbauprogramms wird hinausgezogen bis zum Sommer 1930. Für 1930 selbst wird jetzt nicht, wie das bisher üblich war, bereits das Wohnungsbauprogramm aufgestellt, sondern erst im Sommer 1930, damit die Durchführung desselben vertagt werden kann bis 1931. Praktisch wird der Wohnungsbau dadurch völlig zum Erliegen gebracht werden. Die Folge davon wird sein, daß Dresden in den besten konjunkturellen Wochen mit den gewöhnlich niedrigsten Erwerbslosenziffern eine Erwerbslosenarmee aufzuweisen haben wird, die den Höchstziffern vergangener Jahre gleichkommt. In Besprechung der Fraktionsführer mit dem

(Fortsetzung 2. Seite.)

Die Sklareks sollen freigelassen werden

Die bürgerliche Presse meldet, daß die Gebrüder Willy und Leo Sklarek auf die Nachricht vom Tode des Obermagistratsrats Schalldach, der für sie Entlastungszeuge spielen sollte, plötzlich schwer erkrankt seien. Diese Millionenbetrüger, die in ihrer Untersuchungszelle das Schlemmerleben weiter fortsetzen konnten, sollen „Nervenzusammenbrüche" erlitten haben. Willy Sklarek ist bereits ins Lazarett überführt, Leo, der bettlägerig ist, soll seinem Bruder bald nachfolgen. Max Sklarek wird gegenwärtig vom Ministerialrat Dr. Bürger auf seinen Geisteszustand untersucht. Es ist klar, daß mit dieser Krankspielerei der Weg beschritten ist, um diese Schiebergesellschaft auf freien Fuß zu setzen. Das zeigt auch deutlich die Tatsache, daß die Gaebel und Degner bei Stellung von Kautionen in Höhe von 5—15 000 Mark bereits freigelassen sind. Der Skandal um die Sklareks vergrößert sich. Mit Hilfe der Justiz soll dieser Korruptionssumpf zugedeckt und weitere Betrüger verschont werden.

Der Youngkurs setzt ein

Massenentlassungen in der Textilindustrie

Mannheim, 19. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die gesamten Textilfirmen des Rhein-Tales haben allen Arbeitern, etwa 2000 Mann, zu Ende Dezember gekündigt. Die Kündigung erfolgt auf Veranlassung des Verbandes süddeutscher Textilindustrieller, Landesgruppe Baden, die den Abbau der Löhne zum Ziele hat.

Alarm! Arbeiter, auf die Straße!

Heraus gegen den faschistischen Volksentscheid am kommenden Sonntag!

Unsere Behauptung, daß der von Hitler-Hugenberg inszenierte „Volksentscheid gegen den Youngplan" in Wirklichkeit eine Mobilmachung des Faschismus zur Vorbereitung der blutigen Diktatur über die Arbeiterschaft ist, erhält ihre Bestätigung durch eine Reihe unverhohlener offener Auslassungen nationalsozialistischer Führer in Versammlungen und in der Presse. Das Zentralorgan der Nationalsozialisten, der Völkische Beobachter, bringt in seiner Reichsausgabe vom 17. Dezember einen Aufruf zum Volksentscheid, den wir, um der Arbeiterschaft vor Augen zu führen, was gespielt wird, wörtlich mit unwesentlichen Kürzungen zum Abdruck bringen. In dem Aufruf heißt es:

„Deutsche Adlige! Wer greift mit an?

Der offene Kampf für das dritte Reich hat mit machtvollem, siegreichem Auftakt begonnen. Ihr alle habt das Signal gehört, mancher vielleicht schon getrommelt — zum Volksbegehren. Das war Vorbereitung — jetzt tretet vor die Front!

Greift mutig, entschlossen zur Waffe und stellt euch in gemeinsamem Kampf dorthin, wo euer Adel euch verpflichtet, euren Mann zu stehen.

Nicht träumen, nicht kritisierend die Zeit verschwatzen sollt ihr jungen Adligen! Heute gilt es Revolutionäre zu sein wie unsere großen Vorbilder: Hutten, Kleist, Schill, Stein und der junge Bismarck!

Zu Zeiten, da das Volk erwacht, hinein in den Kampf, der schon täglich seine unendlichen Opfer fordert — für Deutschlands Erneuerung. Ein jeder ein Kämpfer, ein jeder ein Held — und unser die Welt! Erobert das Volk und beweist euren Adel, sonst seid ihr nichts wert! ...

Gez. Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe; Kuno Freiherr von Eltz-Rübenach; Wilhelm Freiherr von Kettler; Johann Ludwig von Euchborn; Graf Heinrich Georg Fink von Finkenstein; Joachim von Bedzzo; Heinrich Freiherr von Stackelberg; Franz Egon Freiherr von Landsberg."

Ein Kommentar zu diesem Aufruf erübrigt sich. Die Sprache der Nazis ist so dreist und deutlich, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin verstehen muß, was die Glocke geschlagen hat:

Der Faschismus mobilisiert seine Landsknechte: das adlige Gesindel, das die „Arbeiterpartei" kommandiert, macht sich bereit zum Feldzug gegen die Arbeiterklasse. Gegenüber diesen offenen Bürgerkriegsrüstungen des Faschismus gilt es die proletarischen Massen zu mobilisieren.

Gleichgültigkeit, Zaudern und Schwanken führt zum Verhängnis für die Arbeiterklasse.

Arbeiter, Arbeiterinnen, heraus! Rüttelt die Säumigen, Gleichgültigen und Verblendeten auf!

Keine Stimme für den Volksentscheid!

Nur die proletarische Revolution kann den Youngplan zerreißen!

Am kommenden Sonntag auf die Straße zur Demonstration gegen den faschistischen Aufmarsch!

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin bleibt zu Hause! Die Faschisten müssen Spießruten laufen!

Gegen Youngplan, Volksentscheid und Republikschutzgesetz

spricht am Sonnabend, dem 21. Dezember 1929, 20 Uhr, im Städtischen Ausstellungspalast, Stübelallee

Gen. Ernst Thälmann, M. d. R.

Erscheint in Massen!

Die Befürworter des Volksentscheids sind besonders geladen, sich vor der Arbeiterschaft zu verantworten!

SLUB
Wir führen Wissen.